

Gemeinsam entwickelt, gemeinsam genutzt

Open-Source-Software ist in der öffentlichen Verwaltung noch wenig verbreitet. Dabei haben quelloffene Lösungen diverse Vorteile. Weil die Nutzer an keinen bestimmten Hersteller gebunden sind, können sie die Software selber weiterentwickeln. Der Kanton Zug und die Gemeinde Hünenberg haben dies mit ihrem E-Government-Portal getan. Als «OneGov Box» stehen die technischen Grundlagen ihrer Lösung auch anderen Verwaltungen zur Verfügung. **Von Marcel Müller**



Vom Open-Source-Konzept überzeugt: Christoph Brütsch, Leiter des Projekts «iZug» und Geschäftsführer des Vereins «OneGov.ch».

Bild: Marcel Müller

Einmal entwickeln – mehrfach nutzen», lautet eine der Visionen fürs E-Government in der Schweiz. Wenn jede Gemeinde mehr oder weniger die gleichen Aufgaben hat wie alle anderen, werden auch ihre Anforderungen an E-Government-Lösungen ähnlich sein. Es ist daher eigentlich unsinnig, wenn dafür jede von ihnen eigene Software entwickelt respektive entwickeln lässt – allein schon aus Ressourcen- und Kostengründen. Zugleich will aber keine Gemeinde und keine kantonale Verwaltung eine Lösung ab der Stange kaufen, die ihren Anforderungen nicht genau genug entspricht.

Selber etwas entwickeln oder eine Standardlösung einkaufen? – Vor dieser Frage stand 2006 auch der Kanton Zug, als es darum ging, den Internet-Auftritt rundum zu erneuern. Ziel war es, dafür

eine neue, auch für zukünftige E-Government-Angebote offene, technische Basis zu schaffen. Anforderungen an die neue Lösung waren etwa:

- ein einfach zu bedienendes Content-Management-System (CMS) für Intranet und Internet
- einen barrierefreien und benutzerfreundlichen Webauftritt
- Kommunikations- und Arbeitsformen für Behörden, Einwohner und Wirtschaft
- Ausbau des Online-Dienstleistungsangebots
- Verwendung von Standards

Überraschenderweise wurden die Kriterien des Kantons nicht von einer etablierten Firma am besten erfüllt, sondern von einer Lösung, die auf der Open-Source-Plattform Plone basiert. Das damit gebaute Portal nennt sich «iZug». «Als wir 2006 eine Lösung evaluierten, gab es noch keinen Anbieter, der eine umfassende E-Government-Lösung bereit hatte», erinnert sich Christoph Brütsch, Leiter des Projekts «iZug» beim Kanton Zug. Verschiedene Anbieter hätten zwar in Aussicht gestellt, Lösungen zu entwickeln – deren Software hätte der Kanton aber bereits vorher erwerben müssen. Man hätte also die Katze im Sack gekauft. «Andere Kantone haben so viel Geld verloren», sagt Brütsch. «Wir haben darum versucht, statt eines Produkts eine Vision zu submissionieren. Wir wollten Lösungen entwickeln, statt Lizenzen zu bezahlen.» Dies sei einer der Gründe gewesen, dass sich der Kanton für Open-Source-Software (siehe Box) entschieden

habe. Zudem sollte die neue Lösung von anderen Verwaltungen ebenfalls eingesetzt werden können – auch von Gemeinden. Mit Hünenberg und Menzingen waren von Anfang an zwei Kommunen am Projekt beteiligt und haben ihre Anforderungen eingebracht. Wer die Internetauftritte der beiden Gemeinden mit derjenigen des Kantons vergleicht, wird schnell feststellen, dass sie nicht nur optisch ähnlich sind, sondern mit «iZug» auch die gleiche Plattform für erweiterte E-Services verwenden wie der Kanton. «Den Internetsnutzer kümmert es nicht, ob eine Dienstleistung vom Kanton oder der Gemeinde erbracht wird – wichtig ist für ihn lediglich, dass sie leicht zu finden ist», so Brütsch.

Im Verein statt allein

Seit der Lancierung der neuen E-Government-Plattform hat sich einiges getan. Aus dem regionalen IT-Projekt hat sich eine schweizweit einsetzbare, auf Standardmodulen basierende E-Government-Lösung entwickelt. In Zug heisst sie nach wie vor «iZug», die Elemente respektive Module, die eingesetzt werden, entstammen mittlerweile aber der standardisierten «OneGov Box». Diese Box umfasst eine Softwarelösung zum Management von Intranet, Internet- und Extranetangeboten. Ebenfalls dazu gehört mit «OneGov GEVER» eine Webanwendung zur dokumentengestützten Geschäftsverwaltung.

Betrieben, unterhalten und weiterentwickelt werden diese Open-Source-Produktbaukästen vom Verein «OneGov.ch». Dieser setzt sich zusammen aus Entwicklern, Kunden und Partnerfirmen.

Sie alle sind in die Weiterentwicklung der Lösung involviert. So sind neben den Modulen, die der Kanton Zug programmieren liess, auch Funktionen in die «OneGov Box» eingeflossen, die ursprünglich von der Stadt Bern und vom Kanton Basel Stadt entwickelt worden sind. Diese stehen nun in einer Standardversion ebenfalls jedermann zur Weiter- respektive Wiederverwendung zur Verfügung.

Bereits gibt es eine umfangreiche Palette an Standarddiensten. Im Rahmen von «OneGov Cloud», einem Paket, das auf die Internet-Bedürfnisse von Gemeinden zugeschnitten ist, stehen unter anderem zur Verfügung: ein Reservationsmodul, das zum Beispiel für die Reservation von SBB-Tageskarten verwendet werden kann, ein Veranstaltungskalender-Modul, ein Formularmodul für Online-Dienstleistungen sowie ein Verzeichnismodul, das für Vereins- und Branchenverzeichnisse eingesetzt werden kann.

Open-Source-Lösungen für die öffentliche Hand sind und bleiben umstritten. Für Christoph Brütsch, der neben seiner Arbeit für den Kanton Zug auch die Geschäftsstelle des Vereins «OneGov.ch» innehat, hat der Ansatz vor allem Vorteile: Durch die Weiterentwicklung im Verbund sinke die Abhängigkeit von einem bestimmten Hersteller, ist er überzeugt. Statt Lizenzgebühren zu bezahlen, könnten die Mitglieder dieses Geld in die Entwicklung der Lösung investieren. Zugleich werde aber auch kein Hersteller diskriminiert: «Wir beauftragen private Firmen mit Weiterentwicklungen», sagt Brütsch. Grundsätzlich habe jedes Unternehmen die

Open-Source-Software

Ob Firefox, Linux oder Open Office – von Open-Source-Software wissen viele Anwender lediglich, dass sie kostenlos aus dem Internet heruntergeladen werden kann. Das ist nicht falsch, es ist aber nicht der wesentliche Punkt. Als quelloffene, nicht herstelleregebundene Software sind es vielmehr um lizenzrechtlichen Eigenschaften, welche Open-Source-Programme von proprietären Lösungen unterscheiden. Konkret geht es bei Open Source um drei Dinge:

1. Der Quelltext der Software liegt in einer für Menschen verständlichen Form vor.
 2. Die Software darf beliebig kopiert, verbreitet und genutzt werden.
 3. Die Software darf verändert und in der veränderten Form weitergegeben werden.
- Dahinter steckt die Idee, dass Open-Source-Software von jedem, der sich dafür interessiert, nicht nur benutzt, sondern auch weiterentwickelt wer-

den kann. Seine Verbesserung, so sie sich denn bewährt, steht dann auch allen anderen Benutzern und Entwicklern wieder zur Verfügung. So entsteht bei erfolgreichen Open-Source-Programmen ein Anwender- und Entwicklerkreis, eine Community, welche die Software gemeinsam weiterentwickeln. Wie erfolgreich dies funktionieren kann, zeigt der Internet-Browser Firefox, der zu den populärsten überhaupt zählt. Engagierten sich in den Anfängen hauptsächlich Enthusiasten in Open-Source-Projekten, die ehrenamtlich arbeiteten, lässt sich heutzutage mit Open-Source-Software durchaus auch Geld verdienen. Profit erwirtschaftet wird mit Open Source Software in aller Regel nicht über Lizenzgebühren, wie das mit traditioneller Software geschieht, sondern mittels Dienstleistungen, welche die Spezialisten erbringen: Entwicklung, Beratung, Installation, Anpassung, Schulung und Wartung. (mrm)

Möglichkeit, daran mitzuarbeiten. Umgekehrt können Gemeinden, welche die Software einsetzen möchten, beim Hosting, der Weiterentwicklung oder bei der Sicherheit mit Unternehmen ihrer Wahl arbeiten. «Der Verein empfiehlt für Betrieb und Infrastruktur seine Partner, er schreibt aber nichts vor», so Brütsch.

Starke Community nötig

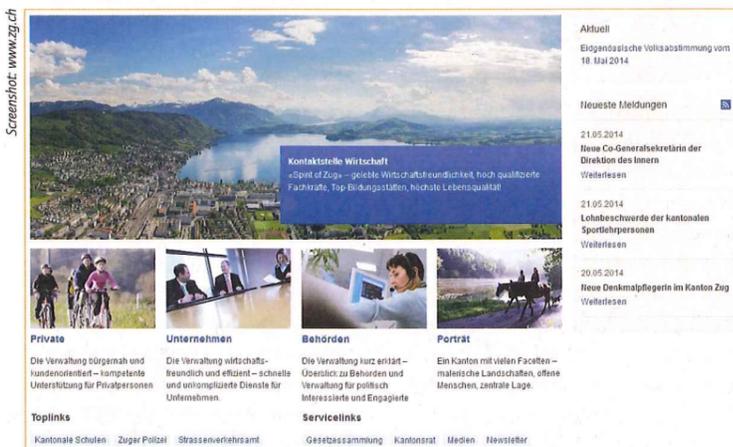
Das Open-Source-Konzept hat auch seine Kritiker. Diese wenden etwa ein, dass es bei quelloffener Software zu ähnlichen Abhängigkeiten kommen kann wie bei proprietären Lösungen. Schliesslich sind die Kunden nach wie vor an Vertrags-

partner gebunden. Zudem haben Open-Source-Projekte mit dem Vorurteil zu kämpfen, dass eine Weiterentwicklung bei allen Beteiligten Kosten auslöst – auch bei jenen, die keine Neuerung wünschen. Christoph Brütsch widerspricht: «Bei unserer Lösung ist genau das nicht der Fall.»

Kritik hin oder her: Die Idee, eine Software gemeinsam zu entwickeln und Dritten zur Verfügung zu stellen, hat im Fall der «OneGov Box» schon einige Gemeinden überzeugt: Neben Risch ZG und Ebikon LU setzen die Städte Bern und Wetzikon die Lösung ein. Das Baukastenprinzip, nach dem sie strukturiert ist, könnte auch dazu beitragen, dass der einst der Bund, die Kantone und Gemeinden im Web ein einheitliches Bild abgeben. Ob das mit der Software des Vereins «OneGov.ch» gelingen wird, hängt vor allem davon ab, ob und wie schnell die Community wächst, die sie benutzt, weiterentwickelt und finanziert. Denn eine Open-Source-Lösung bleibt nur so lange am Leben, wie es eine Gemeinschaft gibt, die sie trägt. ■

Surftipps

- Website des Vereins «OneGov.ch»: www.onegov.ch
- Website des Vereins Swiss Open Systems User Group (/ch/open), der offene Systeme und Standards fördert: www.opensource.ch
- Website der parlamentarischen Gruppe Digitale Nachhaltigkeit: www.digitale-nachhaltigkeit.ch



Auf Basis der Open-Source-Software Plone entwickelt: Die Website des Kantons Zug.